

Silvester auf der Innbrücke: Stadtrat lehnt Verbot ab

6:6-Stimmengleichheit im Ausschuss bedeutet keine Empfehlung für eine Party-Sperre – Polizei und Ordnungsreferat warnten vor großer Gefahr

Von Thomas Seider

Massiven Warnungen von Polizei, Rettungsdiensten und Ordnungsreferat zum Trotz hat der Ordnungsausschuss des Stadtrats keinen Beschluss gegen künftige Silvesterfeiern auf der Innbrücke gefasst. Der von Bürgermeister Urban Mangold vorgeschlagene Beschluss kam nicht zustande: Der Ausschuss hätte dem Stadtratsplenum eine Verordnung empfehlen sollen, mit der die Party auf der Innbrücke wie einmalig beim vergangenen Jahreswechsel auch künftig unterbunden werden sollte. Diese Empfehlung sprach der Ausschuss aber nicht aus. Mit 6:6-Stimmengleichheit erreichte der Antrag keine Mehrheit und ist damit abgelehnt.

Allerdings ist damit nicht definitiv beschlossen, dass die Silvesterfeier auf der Innbrücke wieder erlaubt ist. Zum Beispiel könnte das Plenum auch ohne Empfehlung die Verordnung beschließen. Ob es dazu kommt, ist ungewiss.

Als großen Erfolg feiert die CSU die Entscheidung im Ausschuss. Sie hatte einen eigenen Antrag („Ermöglichen statt verbieten“) eingebracht, über den aber nicht mehr abgestimmt werden musste.

Eindringlicher hätten die Warnung nicht sein können. „Wir sind nicht gegen Silvesterfeiern, woanders ist das völlig in Ordnung. Aber auf der Marienbrücke ist das Risiko sehr groß“, sagt Polizeichef Stefan Schillinger. 3000 Menschen auf der Brücke, Feuerwerkskörper werden geworfen, Glas geht zu Bruch, Einzelne sind schwer betrunken, unten in der Dunkelheit der eiskalte Fluss.

„Wasserwacht und DLRG stehen nicht mehr zur Verfügung, denn die Chance jemanden zu retten ist null“, sagt Ordnungsreferent Josef Zacher. Im ganzen Stadtgebiet gebe es keinen gefährlicheren Ort für eine Silvesterfeier als die Innbrücke. Bei jedem Veranstaltungsgelände werde auf Fluchtwege geachtet, hier gebe es keine: „Es ist nicht mehr zu verantworten. In der gesamten Verwaltung steht niemand mehr dafür gerade.“ Ordnungsreferent und Polizeidirektor erklären, mit einem Veranstalter als Verantwortlichem wäre die Situation eine andere. Aber den gibt es auf der Innbrücke nicht.

„Reiner Glücksfall, dass bisher nichts passiert ist“, sagt Bürgermeister Urban Mangold. Der Ausschussvorsitzende formulierte den Empfehlungsvorschlag an das Plenum. Die sechs Stimmen für ein Silvesterparty-Verbot auf der Innbrücke kamen von Mangold, Franz Prügl, Michael Schöffberger (ÖDP), Hans-Jürgen Bauer (SPD), Siegfried Kapfer (FWG) und Andreas Dittlmann (FDP). Ebenfalls sechs Stadträte waren gegen das Verbot: Armin Dickl, Hildegunde Brummer, Josef Haydn (CSU), Silke Werts (SPD), Hans-Peter Höber (PaL) und Boris Burkert (Grüne). Franz Eibl (SPD) fehlte in dieser Sitzung.

Gegen ein Verbot

Armin Dickl, CSU: „Mir geht es darum, dass wir eine lebendige Stadt sind. Mit dem Verbot sind der Abendgastronomie und den Diskotheken die Leute weggeblie-



Da kann was passieren: Silvester auf der Innbrücke. – F.: Archiv Jäger

ben. Wir sind Oberzentrum, da sollte man Infrastruktur vorhalten, auch wenn es keinen offiziellen Veranstalter gibt. Gefahr ist immer da, weil Feiern mit hundert Teilnehmern heute innerhalb weniger Stunden über Social Media organisiert sind. Auf der Innbrücke war immer für alle Eventualitäten vorgesorgt, dieser Status Quo soll aufrecht erhalten werden. Bei Problemen sollen die Betroffenen in die Schranken gewiesen werden, aber nicht

alle mit einem Verbot bestraft.“

Silke Werts, SPD: „Ich finde extrem positiv, wenn Menschen sich in anarchischer Weise zusammenfinden, um etwas zu feiern. Es ist typisch deutsch und passauerisch, alles durchzuregulieren bis zum Erbrechen. Wir können das Leben nicht bis ins Letzte durchorganisieren, jedenfalls nicht mit meiner Stimme. Auch noch Terrorgefahr anzuführen, ist äußerst unpassend. Und wenn sich ein Veranstalter fände... – das ist ein Argu-

ment, das mich nicht überzeugt. Geeigneter fände ich ein Verbot von Feuerwerkskörpern auf der Brücke.“

Heinz-Peter Höber, PaL: „Ich bin dagegen, als Stadt Plätze für Silvesterfeiern auszuweisen oder herauszunehmen. Jeder hat genug Verantwortung. Eine Verordnung gegen Feiern zu erlassen, widerstrebt mir. Ich wehre mich dagegen, Bürgern vorzuschreiben, wo sie Silvester feiern sollen.“

Boris Burkert, Grüne: „Ich bin gegen Reglementierung. Die meisten feiern friedlich, nie ist etwas passiert. Und was wäre anders auf der Hängebrücke, dem Fünfersteg, am Innkai oder an der Donaulände, wo wir doch die meisten tödlichen Unfälle haben?“

Josef Haydn, CSU: „Sicherheit ist oberstes Gebot. Das hat aber auch jeder in eigener Verantwortung. Wir können doch kein Versammlungsverbot für die ganze Stadt aussprechen.“

Hildegunde Brummer, CSU: „Über einen Alternativplatz sollte man nachdenken, aber sollen wir alles verbieten? An der Ortsspitze wäre es doch genauso gefährlich.“

Für ein Verbot

Urban Mangold, ÖDP: „Wir wollen niemanden bestrafen. Es geht allein um die Sorge, dass etwas passiert. Die Situation ist jetzt anders, weil die Polizei uns eindringlich warnt. Das ist eine klare Gefahrenanalyse, da ist nichts herbeigeredet.“

Michael Schöffberger, ÖDP:

„Nichts tun geht nicht, die Stadt muss aus der Verantwortung genommen werden. Was ist los, wenn auf der Innbrücke jemand schießt? Bisher ist nur deshalb nichts passiert, weil die Polizei dafür gesorgt hat. Wenn sich ein Veranstalter findet, sich eventuell Wirte zusammenschließen, dann wäre das schon etwas anders. Dann gehören nämlich schon mal Ordnungsdienst und Auflagen dazu. Aber generell sollte man einen besseren Ort finden, vielleicht am früheren kleinen Exerzierplatz.“

ANZEIGE

Goldankauf zu Höchstpreisen!
Goldkontor in der Rosengasse
Bargeld sofort ☎ 0851/2259722

Hans-Jürgen Bauer, SPD: „Was ist denn, wenn etwas passiert? Einer muss den Kopf hinhalten. Deshalb sollte einer den Veranstalter machen wie beim Stadtstrand auch.“

Andreas Dittlmann, FDP: „Wenn die Wirte diese Feier brauchen, dann sollen sie die selber durchführen. Das ist kein friedliches Zusammensein mehr. Dass nichts passiert ist, ist allein dem Glück geschuldet. Die Innbrücke ist die letzte Brücke, um sie für eine Silvesterfeier zu sperren. Und eben das zu fordern, ist der Schizophrenie der CSU-Fraktion geschuldet, die gleichzeitig dauernd eine zweite Brücke fordert.“

Siegfried Kapfer, FWG: „Auch ein Oberzentrum ist nicht verpflichtet, einen Ort für Silvesterfeiern zur Verfügung zu stellen.“